

Beitrag von Gerhard Niebergall

Liebe Lesende,

im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen der Bezirksverordnetenversammlung von Steglitz-Zehlendorf wurde gestern die Abstimmung über den Bebauungsplan 6 - 30 Lichterfelde Süd verschoben: "Noch fehlen Bürgerschaften der Groth-Gruppe"!

Die Groth-Gruppe hat das letztlich ca. 960.000 m² große Grundstück 2012 in Lichterfelde Süd erworben, zu einem Preis von unter 10 Euro/m². Da der Erwerb im Firmenmantel erfolgte, ersparte sich die Groth-Gruppe die Grunderwerbsteuer. Das Land Berlin hatte seinerzeit auf ihr kommunales Vorkaufsrecht verzichtet. Dies kann man rückschauend wohl als Fehlentscheidung ansehen. Eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft hätte wahrscheinlich längst mit dem Bauen beginnen können, und wohl auch mit einem Sozialwohnungsanteil von mehr als 25 v. H. und nicht mit einer neuen Grundschule unmittelbar am Gleis mit täglich ca. 400 Zugpassagen.

Im Berliner Abgeordnetenhaus hatte Klaus Groth den Baubeginn für 2015 angekündigt. Auch in den Folgejahren gab es immer wieder entsprechende Ankündigungen. Nun fehlten gestern wieder von der Groth-Gruppe zu schaffende Voraussetzungen, damit der Ausschuss den Bebauungsplan beschließen konnte.

In einem Gespräch mit dem Aktionsbündnis Lichterfelde Süd hatte Klaus Groth 2012 getönt, das Land Berlin verfüge nicht über die Fähigkeiten, ein Vorhaben mit 2.500 Wohnungen in Lichterfelde Süd in Eigenregie zu schultern, er habe dafür aber seine Leute.

Bei der abschließenden Beteiligung der Öffentlichkeit, 2022, zum B-Plan 6 - 30 Lichterfelde Süd, sind dem bezirklichen Stadtplanungsamt insgesamt 185 Stellungnahmen zugegangen, davon 50 von Trägern öffentlicher Belange und 135 aus der Zivilgesellschaft. Wie das Amt im Detail mit diesen Stellungnahmen verfahren hat, ist bisher nicht bekannt.

Sowohl für das Bezirksamt als auch für die Groth-Gruppe ist deren nun schon langjährige Planung für Lichterfelde Süd kein Ruhmesblatt

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Niebergall

oo

Beitrag von Helmut Schmidt

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

sehr geehrte Damen und Herren,

in letzter Minute hat Bezirksstadtrat Patrick Steinhoff (CDU) das getan, was viel zu lange nicht oder zumindest nicht erkennbar in unserer Demokratie geschehen konnte und ist: Er hat unvoreingenommen den B-Plan 6-30 geprüft und festgestellt, dass die vom Bauherrn zu leistenden Beiträge zur Infrastruktur und zur Abtretung von Land an den Staat nicht rechtssicher festgelegt sind.

Die demokratische Kontrolle der Planung in Lichterfelde Süd wurde nicht ausreichend ausgeübt, weder vom Bezirksamt, noch von der BVV, noch abschließend vom Senat, noch konnten interessierte Bürger – bis auf gerichtlich erstrittene einzelne Ausnahmen – diese Kontrolle vornehmen:

Alle haben vollständig auf das Handeln des Bauherrn vertraut und haben ihre Kontrollmöglichkeit nicht wahrgenommen. Auf diese Weise ist ein B-Plan entstanden und zur Beschlussfassung vom BA der BVV vorgelegt worden, in dem die vorgeschriebenen Leistungen des Bauherrn an den Staat nicht zwingend, also rechtssicher aufgeschrieben sind. Das muss nun – im 10. Jahr der Planung – nachgeholt werden.

Jetzt schieben betroffene Bezirkspolitikerinnen die Schuld auf den bisher völlig unkritisch bejubelten Bauherrn und behaupten enttäuscht, er habe nicht richtig gehandelt – eine völlige Fehleinschätzung.

Der Bauherr hat nur weiter seine eigenen Interessen verfolgt und es bei seinen Ankündigungen belassen, dass er die Verpflichtungen zur – viel zu geringen – Beteiligung an den Erschließungskosten und der kostenlosen Übertragung von Flächen an Land und Bezirk schon nachkommen wird. Die gerichtsfeste Verpflichtung hat er unterlassen und niemand hat dies verlangt – Vertrauen war ja angesagt, selbst 2018 laut der Bürgermeisterin Richter-Kotowski (CDU) bei der Festlegung von nur 25 statt 30 % Sozialwohnungen in letzter Minute vor Inkrafttreten der neuen Regelung.

Eine konstruktiv kritische Begleitung der Vorlagen des Bauherrn und eine wirkliche Bürgerbeteiligung wäre ein demokratischer, sicherer, wesentlich kürzerer Weg für das Bauvorhaben und für eine sozialverträgliche Stadtentwicklung gewesen. Jetzt sollte die Chance genutzt werden, auch die anderen skandalösen Teile des B-Plan 6-30 zu korrigieren – der Rechtstrend im Staat könnte ein kleines, aber beispielhaftes Stück gestoppt werden. Rechtsextreme bekämpft man am besten durch eine beispielhaft demokratische und soziale Politik.

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Schmidt im Aktionsbündnis Landschaftsplan Lichterfelde Süd